

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0108/13/7 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0108/13	14.11.2013

Absender	
Der Oberbürgermeister	
Gremium	Sitzungstermin
Finanz- und Grundstücksausschuss	22.11.2013
Stadtrat	09.12.2013

Kurztitel
Haushaltsplan 2014 (Beendigung einer Mitgliedschaft)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg beendet die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland e. V. zum 31.12.2013.
2. Der Planansatz für den Mitgliedsbeitrag in der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland im Teilhaushalt 3, Dezernat Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, in Höhe von 30.000 €, wird für das Haushaltsjahr 2014 wegen des Austritts der Landeshauptstadt Magdeburg aus der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland gestrichen.

Begründung

Am 14.02.2008 wurde durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg eine Vereinbarung mit der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e. V. unterzeichnet. Die Vereinbarung regelt die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg in der Wirtschaftsinitiative auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses vom 17.01.2008.

Mit dem Beitritt der Landeshauptstadt Magdeburg zum Verein der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e. V. wurde der Zweck verfolgt, die Entwicklung und Vermarktung der traditionsreichen Wirtschaftsregion Mitteldeutschland auf den Gebieten der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen voranzutreiben.

Bereits bei der Beschlussfassung des Stadtrates im Jahre 2008 war die Mitgliedschaft nicht unumstritten. Deshalb beschloss der Stadtrat, nach dem ersten Jahr der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt in der Wirtschaftsinitiative, und danach jährlich, einen Bericht über die Arbeit dieser Organisation vorgelegt zu bekommen. Dabei sollten insbesondere die Projekte und Vorhaben ausführlich dargestellt werden, an denen sich die Landeshauptstadt oder Unternehmen aus unserer Stadt aktiv beteiligt haben. Im Ergebnis dieses Auftrages des Stadtrates legte die Verwaltung mit den Informationen I 0216/08, I 0170/09, I 0169/10, I 0306/11 sowie der Stellungnahme S 0131/11 kontinuierlich Informationen über die Arbeit der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland vor.

Trotz vielfältiger Initiativen, Veranstaltungen und Bemühungen in der Zusammenarbeit muss aus heutiger Sicht festgestellt werden, dass keine substanziellen Vorteile für die Landeshauptstadt Magdeburg in der Mitgliedschaft auf Dauer erkennbar sind. Insbesondere haben die in Magdeburg durchgeführten Tagungen und Foren, das produzierte Imagematerial und die Zusammenarbeit und Kooperation mit der Metropolregion nicht dazu geführt, dass die Magdeburger Unternehmen, und insbesondere die IHK Magdeburg als Interessenvertreterin der hiesigen Wirtschaft, ihre Mitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland erklärt haben.

Neben dieser rein sachlichen Feststellung muss aufgrund aktueller Entwicklungen der Vorschlag zum Austritt der Landeshauptstadt Magdeburg aus der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland auch damit begründet werden, dass die Wirtschaftsinitiative und die Metropolregion derzeit völlig neue strategische Ausrichtungen verfolgen, die aus Sicht der Verwaltung nicht mehr der Geschäftsgrundlage der bisherigen Vereinbarungen entsprechen.

Die Ergebnisse der Arbeitsbilanz der Metropolregion führten folgerichtig am 06.06.2013 zum Beschluss des Stadtrates über den Austritt der Landeshauptstadt Magdeburg aus der Metropolregion Mitteldeutschland zum Ende des Jahres 2013.

Gegenwärtig haben die Gremien der Metropolregion und der Wirtschaftsinitiative beschlossen, ein Konzept weiterzuverfolgen, mit dem beide Institutionen verschmolzen werden sollen. Gerade in diesem Vorgehen besteht für die Landeshauptstadt Magdeburg ein weiteres grundsätzliches Problem, da die Landeshauptstadt Magdeburg bewusst ihren Austritt aus der Metropolregion Mitteldeutschland erklärt hat. Die bisherige Definition der Metropolregion als eine Interessengemeinschaft der wichtigsten Städte und urbanen Räume in Mitteldeutschland soll dahingehend neu gefasst werden, dass eine über die Fläche der drei Bundesländer neu strukturierte Arbeitsplattform geschaffen wird. Damit würde sich die bisherige Grundlage der Zusammenarbeit im Grundsätzlichen verändern. Ein konzeptioneller Ansatz, mit dem diese „neue Arbeitsplattform“, insbesondere für Unternehmen aus Magdeburg interessant sein könnte, ist nicht erkennbar.

Darüber hinaus verfolgen offensichtlich die Städte Halle und Leipzig und deren engere Region im Rahmen der vorgesehenen Neustrukturierung Sonderinteressen, aus denen keine Vorteile für die Landeshauptstadt Magdeburg ersichtlich sind.

Ein Artikel und ein Kommentar der Mitteldeutschen Zeitung vom 23.10.2013 sowie Zitate des Hallenser Oberbürgermeisters auf der Website des Hallespektrum.de belegen, dass Halle und Leipzig den Zusammenschluss von Metropolregion und Wirtschaftsinitiative offensichtlich als eine Chance verstehen, für ihre beiden Städte Standortvorteile und eine effizientere Wirtschaftsförderung durchzusetzen.

Dieses Vorgehen mag aus der lokalen Sicht von Halle und Leipzig sicherlich nachvollziehbar sein, liegt jedoch nicht im Interesse der Landeshauptstadt Magdeburg, denn eine Mitgliedschaft Magdeburgs in der Wirtschaftsinitiative und die dazugehörigen Beitragszahlungen dürfen nicht dazu dienen, den Raum Halle-Leipzig bevorzugt zu fördern.

Angesichts des Zitats „Man zieht uns runter auf die Höhe von Magdeburg“ von Oberbürgermeister Bernd Wiegand nach einem Treffen mit Kultusminister Dorgerloh, sind leider starke Zweifel an dem ernsthaften Willen einer gleichberechtigten Zusammenarbeit angebracht.

Weiterführend wird bereits jetzt offenbar die Neuordnung von Metropolregion und Wirtschaftsinitiative als eine Vorstufe eines künftigen Bundeslandes Mitteldeutschland verstanden. So äußert sich Jörn-Heinrich Tobaben, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland, zur Fusion der Bundesländer Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt

am 08.08.2013 gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung sehr eindeutig: „Wir würden uns freuen, wenn es dazu kommt“.

Strategien, die auf die Abschaffung unseres Bundeslandes und damit auf den Verlust des Landeshauptstadtstatus ausgerichtet sind, sind aus Magdeburger Sicht unverantwortlich, weil sie die über 20 Jahre geschaffene Infrastruktur, Arbeitsplätze und zentrale Entwicklungen in Frage stellen. Diese Sicht auf die Folgen für die großen Städte in Mitteldeutschland teilen folglich auch Erfurt und Dresden mit ähnlichen Interessenlagen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die vorgesehene Verschmelzung der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland mit der Metropolregion Mitteldeutschland keine Vorteile für die Landeshauptstadt Magdeburg mit sich bringt, sondern die Stellung Magdeburgs sogar verschlechtert. Insoweit kann es nicht das Interesse Magdeburgs sein, weiterhin Mitglied in der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland zu sein, zumal sich Magdeburg ebenso wie Dresden, auf der Grundlage sorgfältiger Analysen, zuvor bereits für den Austritt aus der Metropolregion entschieden hat und Erfurt bisher in keiner der beiden Vereinigungen vertreten war und ist.

Dr. Trümper

Anlagen